

Wochenblatt für Wilsdruff

Tharandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Tharandt.

Localblatt für Wilsdruff.

Altanneberg, Eickenhain, Blankenstein, Braunsdorf, Burkhardswalde, Groitzsch, Grumbach, Gruna bei Mohorn, Hohberg, Herzogswalde mit Sandberg, Höhndorf, Neufabach, Nossendorf, Kleinröhrsdorf, Kleinhönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Limbach, Loszen, Mohorn, Mittig-Roitzsch, Mügeln, Neustanneberg, Niederwartha, Oberhermsdorf, Obersdorf, Röhrsdorf bei Wilsdruff, Roitzsch, Rothschönbürg mit Berne, Sachsdorf, Schmiedewalde, Sora, Steinbach bei Nossendorf, Steinbach bei Mohorn, Seeligstadt, Eichthausen, Laubenheim, Untersdorf, Weistropp, Wildberg.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 M. 30 Pf. durch die Post bezogen 1 M. 54 Pf.
Zusatzpreise werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens Mittags 12 Uhr angenommen. — Infektionspreis 15 Pf. pro viergespaltenem Corpusechte.

Druck und Verlag von Martin Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion Martin Berger bleibt.

No. 10.

Donnerstag, den 22. Januar 1903.

62. Jahrg.

Die in Gemäßheit von § 9 Absatz 1 Ziffer 3 des Reichsgesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden in der Fassung vom 24. Mai 1898 (Reichsgesetzblatt Seite 361 f. g.) nach dem Durchschnitte der höchsten Tagespreise des Hauptmarktes Meißen im Monate Dezember 1902 festgesetzte und um fünf vom Hundert erhöhte Vergütung für die von den Gemeinden resp. Quartierwirthen innerhalb der Amtshauptmannschaft im Monate Januar d. J. an Militärseide zur Verabreichung gelangende Maritärfourage beträgt:

8 M. 08,5 Pf. für 50 Kilo Hafer,
3 " 67,5 " 50 " Heu,
2 " 41,5 " 50 " Stroh.

Königliche Amtshauptmannschaft Meißen, am 19. Januar 1903.
von Schroeter.

Politische Rundschau.

Vom Kaiserhofe. Beide Majestäten machten Montag Nachmittag einen gemeinsamen Spaziergang. Am Dienstag sprach der Kaiser beim Reichskanzler vor. — Für die durch den letzten Brand in Marienburg beschädigten stellte der Kaiser wieder je 1000 M. zur Verfügung, und zwar besonders für eine entsprechende Giebelarchitektur. Der Kronprinz hatte sich in Petersburg leicht erfüllt, ist inzwischen aber wieder wohlauf.

Der deutsche Kaiser ließ dem König von Griechenland den in einigen Wochen bevorstehenden Besuch des Kronprinzen Wilhelm und des Prinzen Eitel Friedrich am Athener Hof anündigen.

Kronprinz Wilhelm hat sich auch in Petersburg durch seine Lebenswürdigkeit alle Herzen gewonnen. Vor Allem soll ihm die Zarin-Mutter auszeichnen, der man Deutschfreundlichkeit nicht nachsagen kann. Der Prinz verbleibt noch bis Sonnabend in der russischen Hauptstadt. Die Feste zu seinen Ehren verlaufen programmgemäß. Auch das Fest der Wasserweihe mache keine Ausnahme von der Regel.

Deutscher Reichstag. Am Montag trat das Haus in die erste Staatsberatung ein. Schatzkanzler v. Thielmann betonte die Notwendigkeit einer Reichsfinanzreform. Abg. Schäder (Gr.) tabulierte die Überschreitungen des Voranschlags und verlangte Abstriche. Die Bumpwirtschaft müsse endlich aufhören. Er besprach dann das Kaiser-Telegramm an den Prinzregenten von Bayern wegen Ablehnung künftiger Forderungen durch den Landtag in München; gegen ein solches verfassungswidriges Eingreifen müsse protestiert werden. Redner forderte schließlich Sicherung des Wahlgeheimnisses und Diäten. Reichskanzler Graf Bülow erklärte, bei dem Telegramm handele es sich um eine persönliche Meinungsänderung des Kaisers; es war gerichtet vom Freunde an den Freund. Von einer Trübung der Beziehungen zwischen beiden Fürsten könne keine Rede sein. Der Prinzregent wünsche sehr wohl, daß für den Kaiser nur das Interesse an der Kunst maßgebend war; vor Allem aber sei ihm, dem Regenten, bekannt, daß es dem Kaiser nicht einfallen könne, einem Bundesfürsten oder einem Bundesstaate zu nahe zu treten. Möge das auch die Auffassung Anderer sein.

Deutscher Reichstag. Am Dienstag gab es bei der Fortsetzung der Staatsberatung einen heftigen Zusammenstoß zwischen dem Abg. v. Bollmar (Soz.) und dem Präsidenten Graf Ballerstrem. v. Bollmar kritisierte zunächst die deutsche Auslandspolitik und das Swinemünder Kaiser-Telegramm. Dann wollte er über den Fall Krupp sprechen. Graf Ballerstrem erklärte, er werde das bei Gelegenheit der Staatsberatung nicht dulden. v. Bollmar warf ein, er habe sich nur über zwei im Reichsanzeiger erwähnte Momente zu sprechen. Graf Ballerstrem: Es bleibt bei meiner Entscheidung! (Unruhe links.) v. Bollmar. Der Präsident selbst hat seiner Zeit als Grundherr ausgesprochen, daß hier über Dinge, die im Reichsanzeiger gestanden, verhandelt werden darf. Graf Ballerstrem: Das gilt nur für öffentliche Angelegenheiten. (Rufe links: Wir sollen uns bürgerliche Beliebigkeiten gefallen lassen!) v. Bollmar: Meine Partei wurde beschimpft. Graf Ballerstrem: Es bleibt bei dem, was ich angeordnet habe. (Stürmische Rufe.) v. Bollmar: Wir dürfen also nicht mehr offen im Reichstage sprechen und Beschimpfungen zurückweisen.

Vor dem ganzen Lande steht ich das fest. Redner macht sodann weitere Ausschreibungen an dem ganzen Verhalten des Reichskanzlers. Abg. Sattler (ul.) wies sozialdemokratische Angriffe zurück und meinte ferner, Centrum sei nach wie vor Trumpf. Beim Swinemünder Telegramm hätte man nur die Veröffentlichung beschreien sollen, nicht aber auch den Inhalt. Redner fordert Aufschluß über den Stand der Venezuela-Angelegenheit und bedauert es, daß die Nachprüfung des Völkerrechtes noch immer auf sich warten lasse. Reichskanzler Graf Bülow legte Herrn Bollmar gegenüber zunächst dar, was die Reichsregierung in sozialer Hinsicht gethan hat, und erklärte dann, daß die Bahnen der Verfassung nie überschritten worden seien, niemals habe der Kaiser die Rechte der Volksvertretung mißachtet. Der Kaiser vertrage sehr gut Widerspruch und wolle gar keinen Kanzler, der nicht unter Umständen widerspreche. Graf Bülow teilte hierauf mit, entsprechend dem Beschlusse des Hauses liege dem Bundesrat bereits ein Entwurf zur Sicherung des Wahlgeheimnisses vor. Was Venezuela anlange, so seien die Verhandlungen in vollem Fluss, es verbiete sich daher eine nähere Darlegung zur Zeit noch. Die Feindseligkeit der Londoner Presse gegen Deutschland sei die Folge der unfreundlichen Haltung während des Boerenkrieges. Zwischen beiden Regierungen bestrebe nach wie vor Freundschaft. Nach Reden der Abg. Dasbach (Gr.) und Hilpert (Banerh.) erfolgte Verlagerung.

Die Hypnose betrifft ein Erlass des preußischen Kultusministers, worüber Professor Dr. Kirchner im Ausschuß der Aerztekkammern berichtete: Kurzfristig hatten Hypnose getrieben und waren deswegen angeklagt worden. Die Gerichte betrachteten die Ausübung der Hypnose als Ausübung der Praxis und sprachen, da diese durch die Gewerbeordnung freigegeben ist, die Angeklagten frei. Die wissenschaftliche Deputation für Medizinalwesen aber begutachtete, daß die Anwendung der Hypnose durch Richter zu verbieten, dagegen durch Aerzte zu gestatten sei. Der Minister hat nun eine Erhebung über die Ergebnisse der Hypnosenanwendung durch Aerzte und Richter veranlaßt. Für Spezialärzte will die preußische Regierung eine besondere Approbation vorschreiben.

In Prag wurde am Sonntag ein Parteidag der tschechischen Agrarier abgehalten. Auf demselben wurden die radicalen tschechischen Abgeordneten wegen ihrer Obstruktion im österreichischen Abgeordnetenhaus kräftig gelobt, im Gegenzug zu den Jungtschechen, die man als Verräther an der heiligen Sache des Tschechenvolkes brandmarkte.

In Spanien wird jetzt tüchtig gespart, und das nicht ohne Erfolg. Die Staatseinnahmen von 1902 übersteigen eine Milliarde Pesetas, sobald sich ein Überschub von 8 bis 10 Millionen ergibt. Der Finanzminister hofft, im neuen Jahre durch Einsparungen einen noch höheren Überschub zu erzielen. Der Beweis, daß ein wirkliches wirtschaftliches Aufblühen des Landes vorliegt, sind die günstigen Ergebnisse des Außenhandels. — Dem König Alfons begegnete dieser Tage ein neues Malheur. Er hatte ein Ausfahrt gemacht und unterwegs blieb sein Wagen im Schmutz stecken! Dadurch verzögerte sich die Heimkehr, so daß man im Palast schon beunruhigt war, glücklicherweise ohne Grund.

In Peking hat am 18. Januar in feierlichster Weise die Enthüllung des Denkmals für den ermordeten deutschen

Holzversteigerung, Tharandter Staatsforstrevier.

Gasthof zur Tanne in Tharandt, Dienstag, den 27. Januar 1903, Vorm. 10 Uhr, 15 h. Stämme, 228 h. u. 4 w. Klözer, 11 Km. h. Brennscheite, 57 Km. h. u. 1 Km. w. Brennküppel, 10 Km. h. Bäden, 66,5 Km. h. Astete.

Kgl. Forstrevierverwaltung u. Kgl. Forstrentamt Tharandt, am 19. Januar 1903.

Groß.

Morgenstern.

Gesandten v. Ketteler stattgefunden. Die Feier verlief ohne jeden störenden Zwischenfall unter großer Theilnahme der Bevölkerung. Sämtliche in Peking wohnhaften Ausländer, zahlreiche chinesische Würdenträger, die Mitglieder des diplomatischen Corps u. s. w. waren bei dem Alte zugegen.

Die Regierung von China hat die Note der Mächte in Sachen der Kriegsentschädigung beantwortet, aber wie! Die Antwort verweist zuerst auf das Sinken des Silberpreises und das Anwachsen der Staatschuld als Folge. Die Regierung sei „eifrig bedacht“, ihren Verpflichtungen nachzukommen, es sei ihr aber unmöglich, die geforderten Zahlungen zu machen. Die Bigelöinge hätten auf eine Anfrage erwidert, daß Land sei verarmt, durch eine höhere Besteuerung sei mehr Geld nicht einzutreiben. Es wird schließlich um Erleichterungen gebeten und erneut ersucht, den Solltarif auf die Gold-Grundlage zu stellen. Den Mächten kann nur Festsigkeit empfohlen werden.

Die marokkanischen Regierungstruppen sollten nach einer „Havas“-Meldung aus Tanger den Anhängern des Prätendenten Bu-Hamara in der Nachbarschaft des Hayna-Stamnes eine schwere Niederlage beigebracht haben. Eine „Neuter“-Meldung aus Tanger schwächt indessen die Bedeutung dieses Kampfes erheblich ab. Die Köpfe von 6 getöteten Rebellen wurden im Triumph nach Taz gebracht, zwei an Pferde gebundene Gefangene schleifte man durch die Straßen. Die Sultanstruppen zerstörten bei diesem Gefecht mehrere Dörfer der Westianas und raubten denselben Vieh; in das eigentliche Gebiet des Prätendenten sind sie indessen noch nicht eingedrungen.

Kronprinzessin Luise von Sachsen.

Über die plötzliche Abreise der Kronprinzessin aus Genf wird von ihrem Advokat Lachenal folgende Erklärung abgegeben:

„Die Abreise ist keine Flucht, sondern war von mir ganz genau vorbereitet worden. Im Verlaufe der Verhandlungen zwischen ihren beiden Advokaten, also Behme aus Leipzig und mir, hatte die Kronprinzessin mehrmals den Wunsch geäußert, wegen der gegenwärtigen Kälte in Genf diese Stadt mit einem milderen Klima zu vertauschen. Wir wählten Mentone, als einen kleineren Ort, wo die Kronprinzessin ruhig weilen könnte, und auch nicht zu arg von den Fremden oder den Journalisten bemüht würde, damit sie dort einige Tage einer unbeschränkten Ruhe genießen könne. Die Abreise wurde in allen Einzelheiten arrangiert. So hat z. B. die Kronprinzessin nicht den Schnellzug in Genf genommen, sondern ist in einem Bummelzug eine Stunde früher abgereist und wartete dann an der französischen Grenzstation Bellegarde die Ankunft des Schnellzuges nach Marseille ab.“

Auf einige seitens einer Journalistin an Lachenal gerichtete Fragen antwortete dieser: „Die Vorbereitungen galten allerdings für beide, aber offiziell muß ich Giron doch ignorieren, da ich nur Anwalt der Kronprinzessin bin.“ Wird diese Abreise Einfluss auf den Prozeß haben? „Keineswegs. Behme und ich waren ja damit einverstanden. Die Kronprinzessin wird in Mentone den Abschluß des Prozesses abwarten. Vielleicht ist am 28. Januar alles fertig, vielleicht wird der Prozeß vertagt.“ — Was denken Sie von einem angeblichen Verwirrfnis zwischen Giron